

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Preisband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Kiew u. Menergelbiet sowie die früheren besetzten Gebiete Polens u. Litwens 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 26 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 8-9.

Die acht „alten“ Korrespondenten oder deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Teuerungszulage. Neue Korrespondenten: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,40 M., einschließlich Teuerungszulage. Ausland-Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,60 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Die Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Oberschlesien drängt zur Entscheidung

Gegen die Verschleppungstaktik

London, 4. Juni.

zur Reichstagsrede des Reichskanzlers Dr. Brüning schreibt die „Westminster Gazette“, mit gewissen Vorbehalten werde sie sogar von der französischen Presse als gemäßig und verständlich anerkannt. Deutschland verlange jedoch zuviel, wenn es erwarte, daß ganz Oberschlesien automatisch infolge der Abstimmung an Deutschland falle. Der Vertrag sehe klar eine Berücksichtigung der Minderheiten vor, die in den meisten Gemeinden für Polen gestimmt hätten. Deutschland sei jedoch vollkommen in Rechte, wenn es Einspruch dagegen erhebe, daß eine Abstimmung von sechs zu vier zugunsten Deutschlands nicht gut als eine Abstimmung angesehen werden könne, die dazu berechtige, Oberschlesien oder den wichtigeren Teil dieser Provinz den Polen zu geben.

Das Blatt fährt weiter aus: Es ist unsere Haupthoffnung in Europa, daß sich Deutschland zu einem demokratischen Staat entwickelt, der keinerlei Versuch unternimmt, wieder zu rücken. Das kann man jedoch nur erwarten, wenn die Alliierten den klaren Beweis erbringen, daß Deutschland sich darauf verlassen kann, daß es von seinen bewaffneten Nachbarn fair behandelt wird. Gerade dieses macht die Oberschlesische Frage zu einem Schulfall für uns. Wir sehen im Augenblick der vollendeten Tatsache gegenüber, daß die Polen mit Gewalt den größeren Teil des ober-schlesischen Gebietes an sich gerissen haben. Mit jedem weiteren Tage, an dem die Alliierten nichts unternehmen, wird diese Tatsache immer vollendet. Wenn die Alliierten weiterhin verschleppen, dann ist das Ende gewiß. Eine Konferenz wird nun stattfinden, und die Mehrheit wird wahrscheinlich beschließen, daß dies Gebiet an Deutschland fallen soll. Dann wird sich jedoch die Frage ergeben, wer diesen Beschluß erzwingen soll. Es ist fast sicher, daß die Franzosen es nicht tun werden, und in diesem Falle werden die Engländer und Italiener vor dem Dilemma stehen, entweder eine große Expedition zu entsenden, und die Polen gewaltsam zu vertreiben, oder den Deutschen sagen zu müssen, daß sie nicht in der Lage sind, das zu erzwingen, was sie als eine gerechte und faire Entscheidung zugunsten Deutschlands ansehen. In letzterem Falle kann man in Deutschland nur die Folgerung ziehen, daß eine entwaffnete Nation ihren Nachbarn auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert ist und daß der Gedanke einer friedlichen Regelung ein leerer Wahn ist.

„Ball Ball and Globe“ schreibt: Wenn Dr. Brüning's Politik wirklich das ist, was er in seiner Rede auseinandergesetzt hat, dann zweifeln wir nicht daran, daß Deutschland das von Brüning erhoffte Entgegenkommen erhalten wird.

Der deutsche Selbstschutz in Oberschlesien

CC. Paris, 4. Juni.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ erklärt, daß die Haltung des Generals Hoerster und der deutschen Verteidigungstruppen in Oberschlesien beunruhigend seien. Im Namen des Generals von Hoerster habe Herr von Moltke erklärt, wenn die gegenwärtige Lage nicht sofort gebessert werde, so könnte General Hoerster ein neues Vorrücken seiner Leute nicht verhindern und er habe dann die Verpflichtung einzubringen.

Trifft diese Meldung zu, so charakterisiert sie nur den Ernst der Lage in Oberschlesien. Jedet Tag, der verstreicht, ohne daß die ober-schlesische Frage einer irgendwie gearteten Entscheidung näher gebracht wird, verschlimmert diese Lage. Die deutsche Regierung hat die erste Pflicht alles daran zu setzen, den General Hoerster von allen Abenteuern abzuhalten. Nicht geringer ist aber die Verantwortung der Entente, die in undegreiflicher Entschlossenheit der Zuspitzung des ober-schlesischen Konflikts gegenübersteht. Die Entscheidung über Oberschlesien muß schnellstens fallen, wenn der Brandherd nicht erweitert werden soll.

Platz von den Polen geräumt

Kattowicz, 3. Juni.

Die Stadt Platz ist auf direkten Befehl der Interalliierten Kommission erneut der interalliierten Verwaltung unterstellt worden. Die gestern abgezogenen französischen Alpenjäger versehen wieder ihren Dienst. Die verschleppten Bürger sind zum größten Teil zurückgeführt.

Doppel, 3. Juni.

Nach neuerdings eingegangenen Nachrichten befindet sich der von den Polen verschleppt gewesene deutsch-nationale Abgeordnete Hartmann, Chefarzt des Knappschachtslazarets Neuhaidut, wieder auf freiem Fuß.

Der Kampf um die Einwohnerwehr

Aus München wird uns geschrieben:

Der bayerische Ministerpräsident Herr von Kahr hat in seiner Erklärung im bayerischen Landtag gesagt, daß die bayerische Regierung entschlossen sei, in der Entwaffnung der Einwohnerwehr das „Möglichste“ zu tun und die Termine „tunlichst“ einzuhalten. Gleichzeitig aber führte er aus, daß er noch die Auffassung vertrete, die Einwohnerwehren dürften nicht aufgelöst werden, während er die Entwaffnung der Leitung der Einwohnerwehr selbst überläßt! Die Verweigerung der Auflösung war der letzte Rettungsanker, an dem sich die bayerische Reaktion festklammerte, und Herr von Kahr mußte, gedrängt von den Einwohnerwehrführern, Brüninge zu den englischen und französischen Vertretern in München unternehmen, um wenigstens die unbewaffnete Organisation zu retten. Selbst die Reichsregierung wurde vorgeschrieben, diese bayerische Forderung bei der Entente zu vertreten.

Der Zweck dieser Übung war der, die Entwaffnung nur teilweise vorzunehmen, das heißt nur die angemeindeten Waffen abzuliefern und die nicht angemeldeten in geheimen Waffenlagern aufzubewahren, so daß die „unbewaffnete“ Einwohnerwehr jederzeit in der Lage wäre, sich über Nacht in eine waffenstrotzende Organisation der Konterrevolution zu verwandeln! Denn es wird wohl niemand erwarten, daß Herr Escherich und der stellvertretende Landeshauptmann der Einwohnerwehr, der Obergeometer Kanzler, die Entwaffnung restlos durchzuführen werden. In den letzten Wochen wurde denn auch ein reges Treiben bemerkt, Waffen in großen Mengen aus den Städten auf das flache Land und über die Grenze nach Tirol und Salzburg zu verschleppen. Vor längerer Zeit wurde schon unwiderrspen festgestellt, daß die Einwohnerwehr außer den angemeldeten Waffen noch nahezu 300 000 nicht angemeldete Gewehre, tausende Maschinengewehre und hunderte Geschütze besitzt. Diese werden auch jetzt nicht abgeliefert, weil die bayerische Konterrevolution diese stärkste Stütze ihrer Bestrebungen nicht preisgeben will.

Am Tage vor der Erklärung des Ministerpräsidenten fanden in München Beratungen der Einwohnerwehrführer statt, von denen am nächsten Tag in der Presse gemeldet wurde, daß beschloffen worden sei, das zu tun, was unter dem Eindruck des Ultimatus durch die Reichsregierung von der bayerischen Regierung verlangt werden müsse. Diese Meldung ist jetzt von der „München-Augsburger Abendzeitung“ als unwahr bezeichnet worden. Dieses Blatt, das Sprachrohr der Einwohnerwehr, erklärt, es sei beschloffen worden, daß das, was die bayerische Regierung der Reichsregierung und dem „Feindbund“ anbot, das äußerste dessen bedeute, was die Einwohnerwehr tragen könne. In diesem Angebot war aber die Auflösung nicht begriffen, und deshalb ist die Einwohnerwehrfrage in Bayern nicht gelöst, sondern der Kampf um die Einwohnerwehren beginnt jetzt erst. Noch in der Nacht vor der bayerischen Regierungserklärung fanden Verhandlungen zwischen Einwohnerwehrführern und den Führern der Koalitionsparteien statt. Der Fraktionsvorsitzende der Bayerischen Volkspartei wurde nachts um 12 Uhr aus dem Bett geholt und sah sich vor die Tatsache gestellt, daß die ganze bis dahin geführte Vermittlungssaktion vor dem Scheitern stehe. Am Dienstag vormittag wußte man um 9 Uhr im Landtag noch nicht, ob der Ministerpräsident auch in der Lage sein werde, auf Grund der nachstehenden Ergebnisse seine Erklärung abzugeben.

Dieser nächste Zweikampf zwischen Bayerischer Volkspartei und Einwohnerwehrführern ist bedeutsam für die weitere Entwicklung der Dinge in Bayern. Der stellvertretende Landeshauptmann der Einwohnerwehr und Führer der „Orla“, Herr Kanzler, ist mit Herrn Escherich nicht einer Meinung. Er hat in den letzten Wochen schon Offiziere im Lande herumgeschickt, die in Einwohnerweherversammlungen erklärten, daß die Waffen unter keinen Umständen abgeliefert werden dürfen, gleichviel, von wem der Befehl dazu komme. Wenn Gewalt angewendet würde, sollten die Einwohnerwehrlaute von ihrer Waffe Gebrauch machen! Im „Heimatland“, dem Organ der Einwohnerwehr, wird in der letzten Nummer vom 28. Mai ebenfalls gegen die Entwaffnung Propaganda gemacht, und trotzdem überläßt die Regierung den Einwohnerwehrführern die Entwaffnung!

Der Gefährlichste und Berwegenste von all diesen Abenteurern ist unzweifelhaft Herr Kanzler. Nachdem er jetzt durch seine Katastrophenpolitik aufs neue mit dem Schicksal des deutschen Volkes spielt, ist es notwendig, zu seiner Charakterisierung daran zu erinnern, daß der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Herr Mayer-Roy, von ihm im März dieses Jahres in einem Brief an den Redakteur eines bayerischen Blattes schrieb, daß Kanzler Mitteilung bekam, Kommunisten wollten geheime Waffenlager der Einwohnerwehr an die Ententekommission verzeihen. Darauf ging Kanzler mit Mayer-Roy in das Bureau der Landesleitung der Einwohnerwehr, wo er Anweisung gab, die Verräter unter irgendeinem Vorwand aufzufinden und beseitigen zu lassen, umzubringen und zwar

Vor neuen Konflikten im Orient

London, 4. Juni.

„Daily Telegraph“ schreibt: Großbritannien befindet sich unmittelbar vor einem neuen Krieg im nahen Osten. Eine britische Flotte versammelte sich in Malta, da alliierte Flotten- und Militäroperationen zur Unterdrückung Griechenlands gegen die türkischen Nationalisten in Kleinasien erwartet werden. Auch „Daily Express“ glaubt, die offiziellen Pressebüros suchten die öffentliche Meinung zugunsten eines neuen Krieges zu beeinflussen. Das Blatt erklärt, solche Versuche müßten schlägeln. Der britische Steuerzahler sei bekümmert über eine Expedition, die ihm schwere Ausgaben verursache und die territorialen Bestrebungen der Griechen überwinden würde. Die Frage, wer Smyrna besitze, sei völlig ohne Belang, wenn britische Truppen und britisches Geld verwendet würden, um diese Frage zu regeln.

Paris, 3. Juni.

Der türkische Korrespondent der Havas-Agentur hatte an der cilicischen Front eine Unterredung mit Kurt Bei, der General Gouraud die Gegenvorschläge der Regierung von Angora zum Londoner Abkommen überbrachte. Kurt Bei erklärte, daß das Londoner Abkommen zwischen der französischen Regierung und Kurt Bei die Vollmacht überschreite, die den türkischen Unterhändlern verliehen wurden. Das Abkommen verstoße gegen die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Türkei, für die die türkischen Nationalisten kämpften. Die Regierung von Angora verlange schnelle Rücknahme der von den französischen Truppen besetzten Gebiete. Manche türkische Nationalisten nehmen den Standpunkt ein, daß der gegenwärtige Minderheitsführer der Türkei die Sicherheit der cilicischen Christen hinreichend gewährleiste.

Im Orient hat sich in den letzten Wochen eine wesentliche Veränderung der allgemeinen Lage herausgebildet. Wir haben schon kürzlich, bei dem Rücktritt des Außenministers der Regierung von Angora, Kurt Bei, auf diese Veränderungen hingewiesen. Sie bestehen darin, daß in Angora die Richtung, die mit Moskau gemeinsam arbeitet, wieder die Oberhand gewonnen hat. Aus diesem Grunde sind sowohl die Vorschläge der letzten Londoner Orientkonferenz als auch der französisch-türkische Vertrag über Cilicien von der Nationalversammlung in Angora abgelehnt worden. Was aber England zu seinem offensichtlichen Vorgehen gegen Angora und der Unterstützung der Griechen veranlaßt, ist die Tatsache, daß England sich im Orient einer bedrohlichen Lage gegenüber sieht. Die russische Regierung hat am 28. Mai ebenfalls gegen die Entwaffnung Propaganda gemacht, und trotzdem überläßt die Regierung den Einwohnerwehrführern die Entwaffnung!

Die englische Politik hat einen empfindlichen Mißerfolg erlitten in den Verhandlungen mit Afghanistan, das Indien auf dem Landwege nach Europa vorgelagert ist. Afghanistan hat seine vollständige politische und wirtschaftliche Freiheit gesichert und übernimmt in Zukunft auch selbst seine diplomatische Vertretung im Auslande, die früher England oblag. Diesem Zwecke galt die Reise der afghanischen Sonderabordnung nach Europa, die vor kurzem auch in Berlin vom Reichspräsidenten Ebert empfangen wurde. Afghanistan hat enge Verbindungen sowohl mit Sowjetrußland als auch mit den türkischen Nationalisten angeknüpft. So kommen zahlreiche türkische Offiziere nach Afghanistan zur Organisation der Armee, während aus Rußland Ingenieure und wirtschaftliche Hilfskräfte kommen. Diese russisch-türkische-afghanische Allianz geht unter der Firma der Befreiung der Völker des Ostens mit der deutlichen Spitze nach Indien.

Das ist es, was England im höchsten Maße gefährlich erscheint. Die Erstarkung der indischen Freiheitsbewegung findet stärkste Anlehnung durch die neuen Mächte im Osten. Deshalb sollen die türkischen Nationalisten niedergedrungen werden und England unterstützt die Griechen zu diesem Zweck. Die Haltung Sowjet-Rußlands zu der Verpflichtung, die es als Voraussetzung für die Aufnahme der Handelsbeziehungen mit England eingegangen ist, jeder Agitation im Osten zu entsagen, ist jedenfalls ziemlich zweideutig. Und da England in der Orientfrage, die ihm um vieles mehr als die europäische Frage am Herzen liegt, keinen Spatz verliert, ist es wohl möglich, daß bei einer Zuspitzung dieser Konflikte auch die Handelsverbindungen zwischen England und Rußland wieder unterbrochen werden.

Die Orientfrage ist eines der schwierigsten und immer wieder aktuellen Kapitel der imperialistischen Weltpolitik. Marx hat sie mit einem treffenden Wort „die Eisensbrücke der europäischen Diplomatie“ genannt. Sie hat seit seinen Tagen nichts an Bedeutung verloren. Solange die europäische Diplomatie die Orientfrage mit den Mitteln der Kabinettspolitik lösen will, wird diese offene Wunde nie heilen.

Die russische Vertretung in Berlin

Die Regierung der russischen Sowjetregierung hat amtlich mitgeteilt, daß der bisherige provisorische Leiter der hiesigen russischen Handelsabteilung, Herr Stomonjakow, zum offiziellen Handelsvertreter bei der hiesigen Vertretung ernannt worden ist. Die Ernennung des Leiters der Gesamtovertretung steht noch aus.

unter Hinterlassung eines Merkmals, das die Motive zur Tat zweifelsfrei erkennen läßt! Weiter heißt es in dem Brief: „Dah aber Herr Kanzler hinzuzufügen, die Führer brauchten bei der Ausführung seines Auftrages nicht ängstlich zu sein, hinter ihm stände der Ministerpräsident, er werde im Falle von Anzeigen schon dafür sorgen, daß die Angeklagten freikämen, und daß Kanzler hinzuzufügen, er habe schon mehr als einmal Einwohnerwehrleute, die sich durch Gewaltakte irgendwie gegen die bestehenden Gesetze verhielten, aus den Klauen des Gerichts befreit...“ Wegen dieser Aeußerung schwebt gegen Kanzler ein Verfahren wegen Aufforderung zum Mord. Die Voruntersuchung hat schwer belastende Aussagen gegen ihn ergeben, aber trotzdem ist er als Staatsbeamter noch in Amt und Würden und darf jetzt an der Entwaffnung der Einwohnerwehr mitwirken.

Leute, die in jedem anderen Lande im Zuchthaus sitzen würden, dürfen in Bayern solche wichtige Aufträge ausführen, wie es die Entwaffnung der Einwohnerwehr im Augenblick ist. Dadurch wird die ganze Entwaffnungsaktion zur lächerlichen Komödie. Die Entente hat das bayrische Doppelspiel aber durchschaut. Das zeigt die Erklärung des englischen Botschaftsrats in München, des Mister Seeds, der kategorisch im Auftrag seiner Regierung die restlose Erfüllung des Ultimatum, die Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehr fordert, wenn die Anwendung weiterer Sanktionen vermieden werden soll. Auch der französische Gesandte in München, Baron de Dard, gab eine ähnliche Erklärung ab. Der „Bayrische Kurier“ gibt nun ganz traurig zu, daß auch die Hoffnung, daß England den Einwohnerwehren weniger feindlich gegenüberstehe, jetzt begraben werden müsse, daß aber die bayrische Regierung den vom Reich jetzt zu erwartenden Auflösungsakt lokal als eine verfassungsmäßige Entscheidung der Reichsbehörde entgegennehmen werde. Es soll auch hier wieder der Eindruck erweckt werden, daß alles in bester Ordnung sei, während tatsächlich hinter den Kulissen fieberhaft gegen die restlose Entwaffnung und vor allem gegen die Auflösung gearbeitet wird.

In Bayern bereiten sich schwere Konflikte vor, die außerhalb des Machtbereiches der Regierung Kahr liegen. Herr von Kahr war nur stark, solange er den Willen der Einwohnerwehrführer erfüllte. Er klappt zusammen wie ein aufgeblasener Ballon, von dem die Luft entweicht, wenn er, wie jetzt, gezwungen ist, gegen den Willen der Einwohnerwehrführer handeln zu müssen. Die Spannung zwischen Einwohnerwehr und Bayerische Volkspartei hat die Situation noch verschärft. Die bayrische Arbeiterschaft muß in den nächsten Wochen greifen zu können!

Der schwarz-weiß-rote Seemanns-Müller

Herr Paul Müller, von Amtswegen und nach seiner eigenen Ueberzeugung noch immer berufener Führer der deutschen organisierten Seeleute, hat schon während des Krieges vor Rudendorff-Begeisterung Kopf gestanden. Jetzt zeigt es sich, daß er immer noch nicht imstande ist, eine normale Körperhaltung — mit dem sogenannten Kopf nach oben — wieder zu finden. So dürfte sich der Fall als hoffnungslos erweisen. Ein neuerer Vorgang zeigt, daß Müller den Weg von Wünnig und ähnlichen Feldern betreten hat und konsequent zu Ende schreiten dürfte. Dem „Vorwärts“ wird aus Hamburg geschrieben, daß am Donnerstag eine Kundgebung aller kapitalistischen Interessenten an der deutschen Seeschifffahrt stattgefunden hat, um gegen die Verordnung des Reichspräsidenten auf Kenderung der schwarz-weiß-roten Handelsflagge zu protestieren. Dieser schwarz-weiß-rote Kadaver ist natürlich frisches Wasser auf die Mühle der deutschen Chauvinisten und er wird somit sehr unliebsames und von wenig erspriechlichen politischen Erscheinungen begleitetes Aussehen im Ausland erregen. Herr Müller war als Vorsitzender des Aktionsausschusses seemannischer Berufsverbände zugegen. Er hat eine Rede gehalten, die nach dem Bericht des „Vorwärts“ voll war

von nationalstiftlichen Redensarten. Die neue Reichsflagge der Republik bezeichnete Müller als eine „fremde, unbekannte Flagge“, und er deutete ihre Farben so aus, daß er sagte: „Schwarz ist Selbstaufgabe, rot Wirrwarr und Chaos, gelb Falschheit und Neid.“

Diese Banalität kennzeichnet diesen „Kopf“ in doppeltem Sinne. Der oben angebotenen politischen Wirkungen solcher chauvinistischen Demonstrationen wegen, ist es wichtig, daß wir betonen können, daß Herr Müller nicht das Recht hat, im Namen der deutschen Arbeiterschaft oder auch nur eines nennenswerten Teiles davon zu sprechen. Auch die deutschen Seeleute sind frei von dieser Rudendorff-Gestinnung des Mannes, der sich als ihr Führer aufspielt. Es wäre aber Zeit, daß sich die deutschen organisierten Seeleute diesen Mann vom Halse schaffen, denn er ist nur geeignet, ihre Bewegung bei der internationalen Arbeiterschaft zu kompromittieren, wie seine schon während des Krieges offen zur Schau getragene schwarz-weiß-rote Hirschköpfe die Ursache für die Abspaltung des Deutschen Seemannsbundes von der großen im Transportarbeiterverband organisierten Seemannsgruppe, also der Zerstörung der deutschen Seemannsorganisation war.

Eine kommunistische Lüge

In den letzten Tagen wurde in der kommunistischen Presse behauptet, der Bevollmächtigte der Zahlstelle München des Deutschen Holzarbeiterverbandes habe zu einem arbeitslosen Holzarbeiter gesagt, er solle sich nur von der Orgeß anwerben lassen, da würde er doch mehr haben, als 8 Mark Erwerbslosenunterstützung. Da diese Geschichte von vornherein sehr unglaubwürdig klang, wandte sich das hiesige Arbeitersekretariat an die Ortsverwaltung München des Holzarbeiterverbandes und erhielt folgende Antwort:

„Wir erklären, daß kein Angestellter des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Zahlstelle München, jemals eine diesbezügliche Unterredung mit einem arbeitslosen Kollegen hatte, demnach auch eine Werbung oder Ueberragung zum Eintritt in die Orgeß weder von dem Vorsitzenden noch von den übrigen Angestellten des Deutschen Holzarbeiterverbandes erfolgte, wir uns im Gegenteil stets dagegen gewendet haben. Ob eine Werbung im Bureau des Christlichen Holzarbeiterverbandes stattgefunden hat, entzieht sich unserer Kenntnis.“

Hiermit ist wieder eine dicke kommunistische Lüge totgeschlagen.

Aus der Soldatenzeit

Trotz Aufhebung des alten Wehrgesetzes wirkt sich der alte Soldatengeist auch heute noch auf allen Gebieten aus. Es werden sogar noch Vorfälle vor dem Strafrichter gebracht, die jahrelang zurückliegen. So wird am 9. Juni vor dem Landgericht in Raumburg eine Anklage verhandelt, die sich gegen 9 Musketiere des Infanterie-Regiments 137 richtet, das vor zwei Jahren in Zeitz lag. Diese neun Uebelthäter sind angeklagt, am 22. Februar 1919, also mehr als vor zwei Jahren, Meuterei und Gefangenbefreiung begangen zu haben. Diese furchtbaren Verbrechen werden gefunden in einer angeblichen Gefangenbefreiung zweier in Arrest gesetzter Soldaten. Die Arrestierung war durch den Soldatenrat erfolgt, und weil die Kameraden der Beurlaubten mit der Raumnahme nicht einverstanden waren, drangen sie in die Wörzburg ein, in der sich die „Werberecher“ befanden und befreiten sie. In einer bald darauf abgehaltenen Versammlung wurde diese Tat verurteilt und die Arrestanten mußten wieder in den Arrest zurückkehren. Dieser an sich harmlose Vorfall hat die Staatsanwaltschaft Raumburg nicht ruhen lassen, und jetzt, nach mehr als zwei Jahren, eröffnet sie eine großangelegte Anklage und zieht ein Duzend Paragrafen der Strafgesetzbücher an.

Der Raumburger Staatsanwalt scheint wirklich viel Zeit zu haben. Sechs Klagen gegen unser Zeiter Parteiflat und nun noch diese Bagatelie. Die Rettung der militärischen Disziplin ist ja allerdings eine hohe Aufgabe für einen Staatsanwalt, aber da sie nun doch einmal so gründlich ins Wanken gekommen ist, wird ihr auch der Staatsanwalt so bald nicht mehr auf die Beine helfen.

Der fliegende Mensch

Bearbeitet

von Willy Meyer, Hauptmann a. D.

Kaum war der erste Flug geblüht, da richtete sich auch schon das Denken der Hirne darauf, aus dem Flugzeug eine Waffe zu machen. Die Bemühungen waren von Erfolg. Das Flugzeug wurde zu einem gefährlichen Kriegsinstrument, das bei dem großen Völkermorden spitzige Stahlspeile, Spreng- und Brandbomben austreute, Kanonenkugeln und Maschinengewehrgehölse ausspie. Hätte der Krieg noch einige Monate länger gedauert, so hätte das Flugzeug auch den alles versenkenden Strahl des Flammenwerfers ausgesandt. Die Vorbereitungen dazu standen vor dem Abschluß.

Mit dem Zusammenbruch setzte die völlige „Entbarbarisierung“ der Luft ein. Allerdings zunächst nur bei uns. Wir wurden gezwungen, die gesamte Fliegertruppe restlos aufzulösen. Wir mußten uns gänzlich aller Luftstreitkräfte entblößen. Das ist bereits seit einem Jahre geschehen. Aber die Staaten, mit denen wir Krieg führten, sind uns auf dem Wege der Abrüstung zur Luft noch nicht in befriedigender Weise gefolgt. Die Stärke der englischen Fliegertruppe beträgt 2000 Offiziere und 22 000 Mann. Achtungsmäßig Geschwader stehen zur Verfügung. Das englische Luftbudget 1921/22 beläuft sich auf 17 Millionen Pfund Sterling (nach deutschem Gelde wäre dies zurzeit 42 Milliarden Mark). England hat die Dienstpflicht bekanntlich wieder abgeschafft und ist zur Einrichtung des Berufsheeres wieder zurückgekehrt. Wie die „Times“ mitteilt, wird aber neben der Berufsdienstzeit noch eine kurze Freiwilligendienstzeit mit anschließender Reservendienstzeit bei den englischen Luftstreitkräften eingeführt.

Der Heeresluftetat 1921/22 der Vereinigten Staaten von Amerika steht über 60 Millionen Dollar vor. (Zurzeit in deutschem Gelde etwa 3,8 Milliarden Mark.) Die Stärke der amerikanischen Fliegertruppe beträgt 1514 Offiziere und 16 000 Mann.

Der französische Heeresluftetat steht 295 Millionen Francs vor. (Zurzeit in deutschem Gelde etwa 1,3 Milliarden Mark.) In dieser Summe sind aber nicht die Ausgaben für Besoldung, Bekleidung, Ausrüstung und Verpflegung des Militärfliegerpersonals einbezogen. Diese Kosten, die viele Millionen betragen, sind bei den übrigen Truppen der französischen Armee verrechnet. Außer diesen enormen Summen hat Frankreich noch für das Etatsjahr 1921 zur Unterstützung seiner zivilen Luftfahrt über 184 Millionen Francs vorgesehen. Schließlich ist vor kurzem durch besonderes Gesetz in Frankreich die Schaffung des Postens eines Generalinspektors der Militär-Luftfahrt be-

schlossen worden. In diese Stelle wurde General Janolle berufen, der im Krieg der Führer einer Armeegruppe war.

Die amerikanische Seesiegertruppe hat neulich ein neuartiges Flugzeugmuttergeschiff herstellen lassen. Der kleine Kreuzer „Korfolk“ wurde umgebaut und umgetauft, und zwar auf den Namen des amerikanischen Professors Langley, der ein Pionier auf dem Gebiete des Flugwesens ist. Das Schiff hat an Stelle einer Dampfmaschinenanlage Desmotoren bekommen; dadurch fallen die Schornsteine weg, und der Platz für ein 22 Meter breites Startdeck, das sich über die ganze Schiffslänge (180 Meter) erstreckt, wird frei. Durch einen Aufzug werden die Flugzeuge vom Schiffsrumpf auf die Abflugbahn gefördert. Dort befindet sich eine Art Katapult, das dem startenden Flugzeuge eine Beschleunigung gibt. Hierbei wird man an die ersten Flugzeuge von Wright erinnert, die keine Anlaufäder, sondern Gleitschienen hatten und nur mit Hilfe einer katapultartigen Startvorrichtung abfliegen konnten. Man darf annehmen, daß beim Start vom Deck des Schiffes die Anwendung des Katapults nicht nötig sein wird, denn einmal ist die Anlaufbahn so lang, daß bei ihr ein Flugzeug auch ohne Unterstützung hochkommen kann. Eine natürliche Startunterstützung wird sich ergeben, wenn das Schiff beim Starten des Flugzeuges mit Vollampf gegen den Wind fährt. Gegenwind verleiht bekanntlich den Start.

Zu solchen Schiffsflügen wird man natürlich nur ausgeübt geschickte Flugzeugführer gebrauchen können. Der weltbekannte französische Flugzeugführer Lebrines würde, wenn er noch lebte, sich zweifellos gut dazu eignen haben. Selang es ihm doch in Paris, auf dem 8 Meter breiten und 20 Meter langen Dach der Galerie La Fayette glatt zu landen, wodurch er sich den für diese Leistung ausgegebenen Preis holte.

Die funktentelegraphische Ausrüstung der „Langley“ besteht aus zwei Antennenmasten, die seitlich am Schiffsrumpf ausgeschwenkt werden, damit sie die Startbahn nicht beeinträchtigen. Sie reichen für den funktentelegraphischen Verkehr mit dem unterwegs befindlichen Flugzeug auf einige hundert Kilometer Entfernung aus.

Das amerikanische Marinemat hat im Hinblick auf diesen Flugzeugmuttergeschiff Preisausschreibungen in Höhe von 34 000 Dollar ertan, für die Konstruktion von Bordflugzeugen, die für einen solchen Start und eine solche Landung besonders geeignet sind. Es handelt sich dabei in erster Linie um Landflugzeuge. Sie müssen jedoch so gebaut sein, daß sie für den Fall der Notlandung auf dem Wasser für längere Zeit schwimmfähig bleiben. Es kommen aber auch sogenannte Amphibien (Wasserlandflugzeuge) in Frage, die sowohl vom festen Boden als auch vom Meeresspiegel aus starten können.

Die italienische Firma Caproni hat ein Wasserflugzeug für 100 Flugzeuge gebaut. Die Zeitschrift „Lo Sport Illustrato“

59 Arbeiter unter Anklage

Vor dem Kempener Volksgericht waren 59 Arbeiter wegen Nötigung und Aufrührerjuches angeklagt, weil sie im August vorigen Jahres die Deffnung von Möbelwagen auf der Bahnstation erzwungen hatten, in denen man Lebensmittel oder Waffen vermutete, die nach Ungarn verschoben werden sollten. Die Wagen waren aber als leer befunden worden. Entgegen dem Antrage des Staatsanwalts auf acht bzw. sechs Monate Gefängnis wurden alle 59 Angeklagten freigesprochen, weil ihnen ungesetzliche Handlungen nicht nachgewiesen werden konnten.

Dah in Kahrland auch einmal Arbeiter freigesprochen werden, ist ein Ereignis, das im Kalender vermerkt werden muß.

Mitteilung des Wiederaufbauministeriums

Bel dem Reichsministerium für Wiederaufbau und dem Reichskommissar zur Ausführung von Aufbaubarbeiten gehen neuerdings viele Gesuche von Personen um Beschäftigung oder Anstellung im Bereiche des Wiederaufbaues ein. Sollte eine Vereinbarung über die Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau getroffen werden, so wird die Anwerbung der Arbeiter und Angestellten keinesfalls durch das Reichsministerium für Wiederaufbau erfolgen. Etwasige Meldestellen werden gegebenenfalls später durch die Presse bekanntgegeben werden. Bis dahin sind Gesuche an das Reichsministerium oder den Reichskommissar zwecklos und können im einzelnen nicht beantwortet werden.

Die Streikbewegung in England

Die Nachricht, daß die Bergarbeiter die neuen Vorschläge Lloyd Georges ablehnen werden, wird jetzt bestätigt, nachdem die Abstimmungsresultate aus den Bezirken vollständig vorliegen. Der Sekretär des englischen Bergarbeiterverbandes Lodge erklärte, daß die im Exekutivsaalshaus vorgenommene Prüfung der Abstimmungsresultate aus den einzelnen Bezirken zu einer Ablehnung der Vorschläge Lloyd Georges führen müsse. Die Entscheidung werde Lodge George sofort übermitteln werden.

Auch die Bergwerksbesitzer versammelten sich. Sie scheinen, wie einige Meldungen wissen wollen, geneigt zu sein, der Erfüllung der Forderung der Bergarbeiter Rechnung zu tragen und den Plan eines nationalen Lohnbureaus, wie die Regierung ihn vorschlug, anzunehmen.

Die Senkung der Löhne in England erfährt im übrigen immer weitere Kreise der Arbeiterschaft. Die Bewegung ist anscheinend nicht aufzuhalten, und der Kampf der Arbeiter, der in einem Industriezweig nach dem anderen entbrennt, richtet sich nie grundsätzlich gegen Lohnminderungen überhaupt, sondern er geht stets nur um das Maß der Lohnkürzung. Die nachfolgende Meldung über den beginnenden Streik der Baumwollarbeiter zeigt das von neuem. Das Unternehmertum ist bestrebt, die wirtschaftliche Depression zu benutzen, um der Arbeiterschaft entzündende Rückschläge beizubringen, während die Gewerkschaften die eventuellen Lohnkürzungen beschränken wollen auf das durch bescheidene Senkungen der Lebensmittelpreise bedingte Maß. Sie folgen damit der in England sehr populären Methode der gleichzeitigen Lohnbewegung, jedoch wohl nur deshalb, weil die wirtschaftliche Lage ihnen die Abwendung jeder Lohnverminderung unmöglich macht.

CC. London, 6. Juni.

Heute beginnt der Streik der Baumwollarbeiter. In der Grafschaft Lancashire, Derbyshire, Yorkshire werden 600 000 Arbeiter ihre Arbeit niederlegen. Die Fabrikbesitzer schlagen vor, daß für jedes Pfund Sterling Lohn eine Verminderung von 5 Schilling eintritt solle; die Arbeiter erklärten sich mit einer Verminderung von 3,2 Schilling einverstanden. Gestern fand noch eine letzte Konferenz in Manchester statt. Ein Einvernehmen ist nicht erzielt worden. Die Arbeiter verlangten zwar einen Schiedsspruch, die Besitzer lehnten diesen aber ab.

Zunahme der Arbeitslosen in England

II. London, 4. Juni.

Die Zahl der Arbeitslosen im Vereinigten Königreich betrug am 27. Mai 2 127 000, gegen 2 077 722 am 20. Mai. Die Zahl der Arbeiter, die nur einige Tage in der Woche beschäftigt werden konnten, betrug an diesen Tagen 1 194 000 gegen 1 181 000.

Die Ballerina des Königs

Leipzig-Theater

Große Ursachen — kleine Wirkungen. Die Revolution hat die Monarchie gestürzt — und Rudolf Prescher darf Friedrich den Großen auf die Bühne bringen. Er allein ist dieser gigantischen Aufgabe nicht gewachsen. Mit L. W. Stein zusammen hat er ein Lust-, ein Lust-, ein Lustspiel verfaßt, dessen Held der preussische König und dessen Heldin die Tänzerin Barletina ist. Diese junge Dame spricht nicht deutsch und nicht italienisch, sondern ein deutsch-italienisches Rauberwelsch. Das ist das einzige Ereignis, das ist der ganze Inhalt des Stückes. Sonst passiert so gut wie nichts. Mit diesem erstaunlichen Einsatz hat sich offenbar der Humor, der Witz und die ganze Genialität der beiden vielgeliebten Autoren erschöpft. Er gefällt ihnen selbst so gut, dieser Einsatz, daß sie außer dieser radebrechenden Italienerin auch noch ihre Mutter, einen Engländer, einen böhmischen Schneider, einen Juden und den König selber falsches Deutsch reden lassen. Ra — das ist doch genug Inhalt für vier Akte, nicht wahr? Und dann läßt der König (ein preussischer König, man denke!) die ganz gewöhnliche bürgerliche Tänzerin regelrecht, ganz richtig auf den Rücken, und spielt (im Nebenzimmer) die Flöte, und nimmt alle zwei Minuten eine Priße Schnupftabak, und benimmt sich überhaupt genau so schlecht und langweilig, und steht genau so an, wie irgendeiner seiner sterblichen Untertanen und ist im ersten Akt (ach nein, wie während!) dreißig Jahre älter als im vierten. Man sollte es nicht für möglich halten!

Und das Publikum sieht sich diese vier inhaltslosen Akte mit geduldiger Bemerkung an, weil er ja nicht ein beliebiger Lustspielheld ist, der da oben steht, sondern Seine Majestät Friedrich II. von Preußen — und weiß nichts davon, daß diese kleine Liebesgeschichte mit einer Tänzerin gerade diesem Friedrich nun ausgerechnet nicht passiert sein kann, weil er sein Leben lang keine Frauen, sondern Jünglinge geliebt hat. Er war nämlich homosexuell. (Das ist keine Schande für ihn; denn es gab und gibt viele Leute, bedeutende und wertvolle Menschen, die homosexuell waren und sind. Aber es ist eine Schande, daß man solche Tatsachen unterschlägt und wegläßt, und das Volk in diesen un-

Groß-Berlin

Der Magistrat und die „Los von Berlin“-Bewegung

Nachdem die Bewegung „Los von Berlin“ durch Anträge der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei in der Landesversammlung ihre Fortsetzung gefunden hat, wird nunmehr auch der Berliner Magistrat offiziell dazu Stellung nehmen...

Auf der Suche nach neuen Steuern

Die Pferdewerke der Stadt Berlin

Auf der Suche nach neuen Steuerquellen ist der Magistrat Berlin bekanntlich auf die Idee verfallen, eine Steuer für die Benutzung von Automobildroschken zu erheben...

Eine dritte Steuerordnung hat der Magistrat ebenfalls verabschiedet. Diese neue Abgabenordnung regelt die Steuer auf Wasserfahrzeuge mit motorischem Betriebe...

Änderungen in der Wertzuwachssteuer

Der Minister des Innern hat die vom Berliner Magistrat beschlossene Wertzuwachssteuerordnung nicht genehmigt...

Fort mit dem Trinkgeld

Die unterzeichneten Hilfsorganisationen erklären durch ihre Vertreter, daß sie nach wie vor bereit sind, energisch für die Beseitigung des Trinkgeldes und für die Erringung fester, auskömmlicher Löhne einzutreten...

Zentralverband der Hotels, Restaurant- und Caféangestellten. Gewerkschaftsbund der Gasthausangestellten.

Die Verlängerung der Polizeistunde

Der Polizeipräsident hat die Polizeistunde von sofort ab bis zum 15. Oktober d. Js. auf 11 Uhr 30 Min. festgesetzt.

Fahrtpreiserhöhungen im Vorortverkehr. Von der am 1. Juni in Kraft tretenden Erhöhung der Personenfahrpreise der Reichseisenbahnen werden auch die für den Berufs- und Siedlungsverkehr hauptsächlich in Frage kommenden Zeitarten (Monatsarten, Schülerarten und Wochenarten) betroffen...

Ortsgruppe Potsdam U. S. V. D. feiert am Sonntag, 19. Juni, ihr 30jähriges Stiftungsfest in Form eines großen Volksfestes im Walde. Bei der Trennung ist der bestehende Wahlverein geschlossen zur U. S. V. D. übergetreten.

Das nächste Städtische Volkskonzert des Blüthner-Orchesters (Sinfoniekonzert) findet am Montag, den 6. Juni, 8 Uhr, in der Brauerei Königstadt, Schönhauser-Allee, statt.

Licht und Finkernis im Meere lautet das Thema des mit zahlreichen Lichtbildern ausgestatteten Vortrages, den Herr Prof. Dr. Ludwig Brühl am Mittwoch, den 8. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im großen Hörsaal der Treptow-Sternwarte hält.

Der Luftmordversuch am Wannsee aufgeklärt. Am 22. April wurde in der Nähe des Freibades Wannsee ein Luftmordversuch auf das Dienstmädchen Anni Zeule verübt. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei lenkten den Verdacht auf den früheren Logenschließer Hans Senftinger aus Charlottenburg.

Vorausichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Sonntag. Sehr warm und schwül, vielfach heiter, aber veränderlich, bei größtenteils schwachen östlichen Winden und fortdauernder Gewitterneigung.

U S V. D. und Regierungsbildung

In Spandau sprach vor einer gutbesuchten Versammlung der Genosse Fabiunke. In ruhiger, sachlicher Weise führte er den Versammelten die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage vor Augen.

Interessant war ferner, daß ein K. U. V. D.-Redner feststellte, daß die unabhängigen Arbeiter nicht in die Versammlungen der kommunistischen Parteien kommen.

Mariendorfer. Vor einer infolge der übertriebenen Hitze nur mäßig besuchten Versammlung referierte Genosse Lampe aus Cöpenick. Sein Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Gewerkchaftliches

Zur Aussperrung in Mitteldeutschland

Ueber die Bauarbeiteraussperrung in Mitteldeutschland ist zu melden, daß allem Anschein nach die Unternehmer mit allen Mitteln versuchen, die Bauarbeiter auf die Knie zu zwingen.

Während der Aussperrung dürfen Bauarbeiter aus den Streik- oder Aussperrungsgebieten nicht eingestellt oder weiter beschäftigt werden, auch nicht als Arbeiter anderer Fachrichtungen.

Die dem Aussperrungsgebiet benachbarten Gebiete unterstützen die Aussperrung, indem sie aus dem Aussperrungsgebiete abwandernde Bauarbeiter nicht einstellen und bereits eingestellte wieder entlassen, also eine glatte Prosoziation der Bauarbeiter-Schaft.

Deutsche Filmgewerkschaft. Gruppe Kinovorführer. Um die elende Lage der Kinovorführer zu bessern, beschloß diese in ihrer Versammlung am Mittwoch, den 1. Juni 1921, einstimmig, den bestehenden Tarif zu kündigen.

Fleischer. Der zwischen dem Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin, und dem Interessentenverband vereinigter Engros-Schlächtermeister Groß-Berlins am 2. April 1921 abgeschlossene Tarifvertrag...

Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Kugellagerfabrik. Mit fordern hierdurch alle Kollegen, die eine Bauenaufstellung erhalten haben, auf, den damals zu wenig gezahlten Betrag bis Lohnbureau in Empfang zu nehmen.

Der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin, beruft seine Funktionäre am Donnerstag, den 9. Juni 1921, abends 7 Uhr, zu einer Allgemeinen Funktionär-Versammlung im Lehrereigenen Haus, Alexanderstr. 41.

Parteiveranstaltungen

Mariendorfer-Ort. Die „Kämpferin“ ist in der Expedition abzugeben. Sonnabend, 4. Juni. Charlottenburg. 1. Abteilung. Funktionärsitzung abends 7 Uhr bei Helbig, Rehringstraße 27.

Vereinskalender

Dienstag, 7. Juni. Zentralverband der Fleischer, Section 1. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in Möllers Resthän. Tagesordnung: Wiedergründung und Arbeiter-Schaft. Referat Genosse Eckardt. Vollständiges Erscheinen notwendig.

Allgemeine Ortskrankenkasse Neukölln

Am Freitag, den 17. Juni, abends 7 Uhr, findet in Rosenstraße 10/11, 2. Ober, eine außerordentliche Ausschluß-Sitzung statt...

Berlagsgenossenschaft „Freiheit“

Sonnabend, den 18. Juni, 5 Uhr nachm. Generalversammlung im Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes...

Alexander Stein Agrarfrage und Sozialismus. Die politische Situation / Der wirtschaftliche Gegensatz zwischen Stadt und Land / Die Klassenfeindung auf dem Lande / Die Agrarfrage und die Parteien / Die Stellung der unabhängigen Sozialdemokratie. Preis 2.50 Mark. Organisationen Preisermäßigung. Buchhandlung „Freiheit“, Berlin G2, Breite Straße 8-9.

Botenfrauen sucht Expedition Greifswalder Straße 29 für Weins-, Wäscher- und Friedenstraße.

Wanderkarten für alle Gegenden erhält man in der Buchhandl. „Freiheit“, Breite Str. 8-9

LAUSE nebst Nissen, Wanzen, Motten, Flöhe, Schwaben werden radikal vernichtet durch PFEIFFEROL

Das sichere Mittel, das Menschen ganz oh. Unbefangene einwirken. Wirkung beweisend. Auskunft umsonst. Vers. des Artikels d. Expeditions. Wachen R. 21, Kapulinerstr. 4

Raucher dank! Das sichere Mittel, das Menschen ganz oh. Unbefangene einwirken. Wirkung beweisend. Auskunft umsonst. Vers. des Artikels d. Expeditions. Wachen R. 21, Kapulinerstr. 4

Kleine Anzeigen

Verkaufe. Möbel. Fahrräder. Kaufsuche. Verschiedenes. Werkzeuge und Maschinen. Anzeigen für diverse Waren und Dienstleistungen.